



## Chronologie der Tätigkeit der *Združenje Žrtev* *Okupatorjev 1941 - 1945 Kranj* seit 1997



Deportation der slowenischen Bevölkerung aus Maribor nach Serbien, Juli 1941

(Foto: ZZO)

- 21.08.1997 Gründung der *Združenje Žrtev Okupatorjev 1941 - 1945 Kranj* (Vereinigung der Okkupationsopfer 1941 - 1945 Krain, ZZO) als unpolitischer Zusammenschluss der slowenischen NS-Opfer mit dem Hauptziel einer individuellen Wiedergutmachung.
- 01.08.1998 Kontaktaufnahme der ZZO mit der Bundesregierung ohne außenpolitische Unterstützung durch die slowenische Regierung.
- 25.05.1999 Ablehnung einer einschlägigen Klage beim Landgericht Bonn.
- 26.11.1999 Erste Stellungnahme der ZZO zum Entwurf des Stiftungsgesetzes. Versuche, in die Verhandlungen über das Gesetz mit einbezogen zu werden (Briefe an Bundesbehörden und den Beauftragten des Bundeskanzlers für die Stiftungsinitiative, die Bundestagsfraktionen sowie den Petitionsausschuss des Bundestages), scheitern.
- seit 2001 Korrespondenz der ZZO mit der Stiftung *Erinnerung, Verantwortung,*

*Zukunft* (EVZ) über Statusfragen ihrer Mitglieder, aber keine Entschädigung für rassistische Verfolgung, Deportation und Vermögensentzug, da diese im Stiftungsgesetz von 2000 nicht als Zahlungsgrund vorgesehen sind.

30.01.2002

Ablehnungsschreiben des Petitionsausschuss des Bundestages mit der Argumentation, dass 1946 im Rahmen eines Reparationsvertrages aus deutschem Auslandsvermögen 35 Mio. US-Dollar an Jugoslawien gezahlt worden seien, 1956 nochmals 60 Mio. DM und Jugoslawien einen zinsgünstigen Kredit in Höhe von 240 Mio. DM erhalten habe. *Anfang der 70er Jahre* wurden eine Kapitalhilfe in Höhe von 300 Mio. DM und ein Kredit über 700 Mio. DM gewährt. Fazit: *Die Darlehensbeträge wurden quotenmäßig auf die Nachfolgerepubliken Jugoslawiens verteilt. Die Verwendung der aus dem Kapitalhilfeabkommen geleisteten Gelder lag im Verantwortungsbereich der jugoslawischen Regierung.* Es bestand also seitens der Bundesregierung keine Zweckbindung an die Kriegsoferentschädigung.

26.11.2003

*NS-Unrecht in Slowenien 1941 - 1945. Symposium zu Geschichte und Gegenwart* in Nürnberg. Keiner der eingeladenen Vertreter von Bundestag, Bundesregierung oder zuständigen Bundesministerien nimmt teil.



**Die slowenische Delegation beim Nürnberger Symposium (v.l.n.r.: Herr Stanislav Sladic, Herr Franc Rovani, Frau Joza Lozak, Herr Tone Kristan)**  
(Foto: Susanne Rieger)

- Dezember 2003 Schreiben der ZZO an Bundesregierung und Bundestag: Es leben zu diesem Zeitpunkt noch ca. 25. - 30.000 slowenische NS-Opfer, von denen nur ein Bruchteil eine EVZ-Entschädigung für nachgewiesene KZ-Haft oder Zwangsarbeit erhalten hat.
- 08.01.2004 Antwort Bundesministerium für Finanzen (im Auftrag des Bundeskanzleramtes): *Nach allgemeinem Völkerrecht besteht kein Anspruch einzelner Personen gegen einen kriegführenden Staat auf Schadensersatz- oder Entschädigungsleistungen.* - Die ethnischen Säuberungen in Slowenien und die mit ihnen verbundenen Verbrechen waren ebenso wenig Kriegshandlungen wie der Holocaust an der jüdischen Bevölkerung Europas, sondern eine rassistische Verfolgungsmaßnahme.
- 01.03.2004 Schreiben ZZO an BMF: Bislang wurden nach Kenntnis der ZZO nur 3500 Slowenen als ehemalige KZ-Häftlinge entschädigt (*Hirsch-Initiative & EVZ*), 4000 Slowenen erhielten als ehemalige Zwangsarbeiter über die IOM Geld aus der EVZ-Stiftung, ca. 22.000 Opfer wurden bisher nicht entschädigt. Gleichzeitig zahlt Deutschland Renten an slowenische Wehrmachtsangehörige.
- 04.04.2005 Vorstellung des Buches Gerhard Jochem, Georg Seiderer (Hg.): *Entrechtung, Vertreibung, Mord. NS-Unrecht in Slowenien und seine Spuren in Bayern 1941 - 1945.* Herausgegeben im Auftrag des Stadtarchivs und der Stiftung *Nürnberg - Stadt des Friedens und der Menschenrechte* in Zusammenarbeit mit der Slowenischen Vereinigung der Okkupationsopfer 1941 - 1945. Berlin 2005, 348 S., ISBN 3-936411-65-4.
- 09./10.04.2005 Teilnahme des Vereinsvorstandes an der internationalen Konferenz *NS-Opfer entschädigen, NS-Täter bestrafen* in Berlin.
- 13.12.2005 Ablehnung der Sachbehandlung durch den European Court of Human Rights Council of Europe Strasbourg, da an den Gerichtshof gerichtete Beschwerde juristisch falsch begründet ist und somit keine Klagemöglichkeit besteht.
- 07.07.2006 Eine kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (Frau Ulla Jelpke u.a.) im Bundestag zur Anerkennung und Entschädigung der slowenischen

Opfer der rassistischen deutschen Besatzungspolitik wird mit den bekannten Argumenten negativ beantwortet: Die Bundesregierung sehe *keinen Handlungsbedarf*.

15. / 16.05.2007 *Damit es nicht in Vergessenheit gerät* - Symposium mit ehemaligen slowenischen Vertriebenen in Wernigerode mit einer Ausstellung und Enthüllung einer Gedenktafel.
- Mai 2007 Ablehnung der Sachbehandlung durch das EU-Parlament.
- 30.08.2007 Veranstaltung *Die nationalsozialistische Germanisierungspolitik in Slowenien und der Kampf um Entschädigungen* in Hamburg in Zusammenarbeit mit dem AK Distomo.
- 15.09.2007 Feier des zehnjährigen Bestehens der ZZO im Rathaus der Stadt Kranj, u.a. in Anwesenheit des deutschen Botschafters.
- 02.10.2007 Schreiben an den Bundespräsidenten Dr. Horst Köhler. Das Bundespräsidialamt verweist in seiner Antwort vom 08.11.2008 auf die Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes und signalisiert Gesprächsbereitschaft über die Förderung von humanitären und bildungspolitischen Projekten aus Mitteln der EVZ.
- 15.10.2007 Teilnahme an der Einweihung des Zwangsarbeitermahnmals in Nürnberg.
- 07.01.2008 Ein Gespräch zwischen dem Vorstand der ZZO und dem Stellvertreter des deutschen Botschafters in Ljubljana bleibt ohne Ergebnis.
- 20.01.2008 Schreiben der EVZ über die Entschädigung slowenischer KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter sowie von Vermögensschäden im Rahmen des Stiftungsgesetzes: 10.850 Personen wurden in den ersten beiden Kategorien entschädigt, Vermögensschäden konnten in 2400 Fällen erfolgreich geltend gemacht werden. Nicht berücksichtigt werden konnte der Sachverhalt der Vertreibung selbst (ohne Zwangsarbeit), da dies im Gesetz nicht vorgesehen war.
- 05.09. - 26.10.2008 Wanderausstellung der ZZO *Nationalsozialistische Germanisierungspolitik in Slowenien 1941 - 1945 und der Kampf um Entschädigung* im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (EL-DE-Haus).
- 19.11.2009 Tagung in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme *„Machen sie mir dieses*

*Land wieder deutsch.“ Nationalsozialistische Germanisierungspolitik und ihre Folgen. Das Beispiel Slowenien mit anschließendem Zeitzeugengespräch und Präsentation der Ausstellung der ZZO in Hamburg.*

- Dezember 2010 Erscheinen des Neuengammer Studienheftes 02 zur Tagung im November 2011 (ISBN 2190-3158).
- 28.05. - 30.08.2011 Ausstellung und Vorträge der ZZO unter dem Titel *Zur Vernichtung verurteilt* im Rathaus von Kranj.
- 15.06.2011 Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages lehnt eine weitergehende Entschädigung der slowenischen NS-Opfer ab.
- 29.09.2015 Vorstellung der zweiten Auflage des Buches *Entrechtung, Vertreibung, Mord. NS-Unrecht in Slowenien und seine Spuren in Bayern 1941 - 1945* bei der Stiftung *Topographie des Terrors* in Berlin.
- 

## **Kontakt**

Združenje Žrtev Okupatorjev 1941 - 1945 Kranj  
 Slovenski trg 1  
 4000 Kranj, pp. 12  
 Slovenija  
 Tel. / Fax: ++ 386-4-2373-553  
 E-Mail: zzokranj[at]siol.net

***rijo***

[Index](#)

[Home](#)